

Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Herbst 1982

Die Lage der Weltwirtschaft	531
Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland	537

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 43-44/82

Berlin

28. Oktober 1982

48. Jahrgang

S. K. S. K.

Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Herbst 1982

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Essen:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
(Institut für Konjunkturforschung)

HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg

IFO-Institut für Wirtschaftsforschung, München

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

Abgeschlossen in Berlin am 22. Oktober 1982

Die Lage der Weltwirtschaft

Überblick

Die Schwäche der Weltwirtschaft hält wider Erwarten lange an: In den westlichen Industrieländern überwiegen auch im Herbst 1982 noch die Abschwungskräfte. Kapazitätsauslastung und Beschäftigung sind im Laufe dieses Jahres noch weiter zurückgegangen. In Westeuropa sinken Nachfrage und Produktion seit Jahresmitte wieder. In den USA blieb die erwartete Belebung aus, und in Japan ist die wirtschaftliche Expansion nach wie vor sehr schwach. Immer noch spricht wenig dafür, daß das Konjunkturtief bald überwunden wird. Das Konjunkturklima hat sich vielmehr unter dem Eindruck enttäuschter Absatz- und Beschäftigungserwartungen merklich verschlechtert. Dabei spielt insbesondere eine Rolle, daß die Nachfrage der Ölexportländer und der übrigen Entwicklungsländer, die bislang eine Stütze für die wirtschaftliche Aktivität in den Industrieländern bildete, aufgrund verschärfter Zahlungsbilanz- und Verschuldungsprobleme spürbar erlahmte. Mit dem Auslaufen

der externen Nachfrageimpulse trat die grundlegende Schwäche der internen Nachfrage in den Industrieländern wieder deutlicher hervor.

Die Beharrlichkeit des Abschwungs zeigt, wie schwierig es ist, inflationäre Prozesse nach Jahren der Inflationsgewöhnung zu bremsen und die strukturellen Anpassungsprobleme zu lösen, ohne daß es dabei zu erheblichen Friktionen kommt. Die Wachstums- und Beschäftigungsprobleme, die dadurch entstanden, daß die wirtschaftspolitischen Instanzen möglichst rasche Stabilisierungserfolge anstrebten, Löhne und Preise sich aber als wenig flexibel erwiesen, wurden vielfach unterschätzt. Die Notenbanken schränkten die Ausweitung der Geldmenge über längere Zeit erheblich ein. Die meisten Regierungen sahen für antizyklische Nachfrageprogramme kaum Spielraum, waren sie doch mit stark steigenden Haushaltsdefiziten bei ohnehin schon hoher Staatsverschuldung konfrontiert. Knappe Geldversorgung, den-

noch nur zögernd nachlassende Inflationserwartungen und die höhere Bewertung von Investitionsrisiken durch die Finanzmärkte führten dazu, daß die Zinsen in den Industrieländern - wenngleich seit Mitte dieses Jahres wieder sinkend - noch immer ungewöhnlich hoch sind.

Die weitere Entwicklung in den westlichen Industrieländern wird von hohen Risiken überschattet, die sich aufgrund der langen Dauer der wirtschaftlichen Schwäche herausgebildet haben und die eine kumulative Abwärtsbewegung in Gang bringen könnten:

- Eine zunehmende Zahl von Entwicklungsländern gerät in eine Verschuldungskrise. Mit dem Rückgang ihrer Exporterlöse fällt es ihnen immer schwerer, ihre Zins- und Tilgungsverpflichtungen für die seit Jahren stark ausgeweitete Auslandsverschuldung zu erfüllen. Deshalb sinkt die Bereitschaft des internationalen Bankensystems, Kredite zu den bisherigen Konditionen zu verlängern oder gar neue risikoträchtige Engagements einzugehen. Dies wiederum birgt die Gefahr in sich, daß es zu weiteren Finanzierungs- und Liquiditätskrisen einzelner Länder kommt und dann sogar internationale Kreditketten zusammenbrechen.
- Als Folge der hohen und weiter steigenden Arbeitslosigkeit nimmt in nahezu allen Ländern der Druck von Unternehmen und Gewerkschaften auf die Regierungen zu, die heimische Produktion vor ausländischer Konkurrenz zu schützen. Dabei wird nicht nur nach mehr Subventionen, freiwilligen Selbstbeschränkungen und anderen Handelsbarrieren gerufen, sondern auch nach forcierten Abwertungen.

Aufgrund des bisherigen Vorgehens von Notenbanken und internationalen Währungsinstitutionen kann indes angenommen werden, daß das internationale Bankensystem funktionsfähig gehalten wird und ähnliche Fehlentwicklungen wie zu Beginn der dreißiger Jahre vermieden werden. Einiges spricht auch dafür, daß es nicht zu einer sprunghaften Verstärkung der protektionistischen Bestrebungen kommt, nicht zuletzt wegen der Furcht vor Vergeltungsmaßnahmen, die die eigene Wirtschaft angesichts der sehr engen internationalen Verflechtungen hart treffen würden.

Aber auch unter der Annahme, daß eine dramatische Verschärfung der internationalen Handels- und Zahlungsprobleme vermieden wird, dürften die akuten Zahlungsbilanzschwierigkeiten in vielen Erdölexport- und anderen Entwicklungsländern zu weiteren Beschränkungen der Einfuhr führen. Um so mehr wird es von den Bedingungen in den Industrieländern selbst abhängen, ob die Abschwungkräfte im Laufe des nächsten Jahres aufgefangen werden. Eine Besserung der internen Rahmenbedingungen zeichnet sich insofern ab, als bei der angekündigten und auch

Reales Bruttosozialprodukt und Verbraucherpreise in den wichtigsten Industrieländern

Veränderungen in vH gegenüber dem Vorjahr¹⁾

	Gewicht in vH	Sozial- produkt		Ver- braucher- preise	
		1982	1983	1982	1983
Bundesrepublik Deutschland	9,8	-1	0	5	3,5
Frankreich	8,1	1	0	12	11
Großbritannien	7,1	0,5	0,5	9	6,5
Italien	5,0	0,5	0	16,5	14
Niederlande	2,0	-1,5	-0,5	6	4,5
Schweden	1,6	-0,5	0	8,5	8
Belgien	1,4	-0,5	0	9	7
Schweiz	1,3	-1	-0,5	5,5	4
Österreich	0,9	0,5	0,5	5,5	4,5
Dänemark	0,8	1	-0,5	10	8
Norwegen	0,8	-0,5	0	11	9
Westeuropa ²⁾	38,8	0	0	9,5	7,5
USA	41,1	-1,5	1,5	6,5	4,5
Kanada	4,0	-5	-1	11	9
Japan	16,1	2	2,5	3	3,5
Insgesamt ²⁾	100,0	-0,5	1	7	5,5

1) Auf halbe Prozente gerundet.- 2) Nur die aufgeführten Länder; Gewichtung gemäß Bruttosozialprodukt von 1981.

wahrscheinlichen potentialorientierten Geldpolitik in den wichtigsten Industrieländern mit einem Andauern der Zinssenkungen zu rechnen ist, die bisher vor allem Folge der abgeschwächten Kreditnachfrage und sinkender Inflationserwartungen sind. Die Bedingungen für einen weiteren Zinsrückgang sind besonders günstig in den Ländern mit deutlichen Stabilisierungsfortschritten, wie in den USA, in Japan, in der Bundesrepublik Deutschland und in Großbritannien. Erheblich ungünstiger sind sie in Frankreich, Italien und einigen kleineren westeuropäischen Volkswirtschaften wegen des nach wie vor starken Kosten- und Preisauftriebs und des anhaltenden Abwertungsdrucks auf deren Währungen.

Eine erhebliche Belastung bildet in vielen Ländern die Zuspitzung der finanzpolitischen Probleme. Einerseits zeigt sich bei dem hohen Niveau der Staatsdefizite, daß selbst ein Anstieg, in dem sich nur die weitere Konjunkturabschwächung niederschlägt, das Vertrauen in künftige Konsolidierungsfortschritte verringert und den Zinsrückgang bei der herrschenden Nervosität auf den Finanzmärkten behindert. Andererseits liefe eine forcierte Konsolidierung Gefahr, den Abschwung zunächst noch zu verstärken. Es überwiegen indes die Anzeichen, daß in der Mehrzahl der größeren Industrieländer zumindest nicht mit einer überzogenen Konsolidierungspolitik zu rechnen ist.

Alles in allem ist es wahrscheinlich, daß die wirtschaftliche Entwicklung in den Industrieländern auch über die Jahreswende hinaus schwach bleiben wird: Weder für die USA noch für Japan ist eine nennenswerte Belebung abzusehen, und in Westeuropa wird der Rückgang von Gesamtnachfrage und Produktion zunächst anhalten. Doch bestehen Chancen, daß die sich verbessernden Rahmenbedingungen im Verlauf des kommenden Jahres eine Erholungstendenz auslösen, etwa über Anstöße für den Wohnungsbau, eine Stabilisierung des Konsums und eine Tendenzumkehr bei den Lagerdispositionen. Aber selbst dann dürfte das reale Bruttosozialprodukt der Industrieländer, das 1982 leicht zurückgeht, im nächsten Jahr um kaum mehr als 1 vH steigen. Allerdings kann nicht ausgeschlossen werden, daß die genannten Risiken doch noch in stärkerem Maße wirksam werden, als in dieser Prognose angenommen wurde. Auch ist das Verhalten der Investoren und Konsumenten bei einer Verbesserung der Rahmenbedingungen nach einer so ungewohnt langen Phase konjunktureller Schwäche schwer einzuschätzen.

USA: Erholung läßt auf sich warten

Nach dem kräftigen Rückgang im Winterhalbjahr 1981/82 hat die gesamtwirtschaftliche Produktion in den USA stagniert; für eine baldige Erholung gibt es kaum Anzeichen. Die Steuersenkung zur Jahresmitte hat bisher entgegen den Erwartungen nicht zu einer Belebung des privaten Verbrauchs geführt. Das Konsumklima hat sich vor allem wegen der immer noch recht hohen Zinsen und der extrem schlechten Arbeitsmarktlage nicht gebessert; die Arbeitslosenquote überschritt im Herbst 1982 zum ersten Mal in der Nachkriegszeit die Marke von 10 vH. Auch die Nachfrage nach Wohnbauten blieb gedämpft, immerhin ist ihre Talfahrt zum Stillstand gekommen.

Unter dem Druck der weiterhin hohen Zinsen und der drastischen Abnahme der Gewinne hat sich der Rückgang der Unternehmensinvestitionen im Sommerhalbjahr verstärkt, das Vorjahrsniveau wurde um rund 5 vH unterschritten. Enttäuschte Absatzhoffnungen und die sich verstärkende Insolvenzwelle haben dazu geführt, daß die Investitionspläne wiederholt nach unten revidiert wurden. Die Kapazitätsauslastung in der Industrie nimmt seit nunmehr drei Jahren ab und hat den niedrigsten Stand der Nachkriegszeit erreicht. Da die Endnachfrage in letzter Zeit erneut hinter den Erwartungen zurückblieb, kam der Lagerabbau nicht wie geplant voran. Daher besteht noch Anpassungsbedarf nach unten. Dies dürfte besonders für die Automobilindustrie gelten.

Angesichts der schwachen Konjunktur in wichtigen Partnerländern und der starken realen Aufwertung

des Dollars nahmen die Exporte weiter ab. Die Importe gingen zwar ebenfalls zurück, aber schwächer als zuvor. Das Handelsbilanzdefizit stieg im Jahresverlauf wieder an.

Die Rezession hat zu einer deutlichen Inflationsberuhigung geführt. Sieht man von kurzfristigen Schwankungen aufgrund von Sonderfaktoren (Heizöl, Benzin) ab, beträgt die laufende Inflationsrate auf Jahresbasis seit Anfang 1982 rund 5 vH; sie hat sich damit innerhalb eines Jahres halbiert. Begünstigt wurde diese Entwicklung durch die starke Aufwertung des Dollars und die Abschwächung des Lohnauftriebs.

In den letzten Monaten ist das Zinsniveau beachtlich gesunken. Dies ist zum Teil Reflex der schwachen Konjunktur und sinkender Inflationserwartungen. Zur Entspannung auf den Finanzmärkten trug aber auch das Bemühen der Regierung bei, das Budgetdefizit nicht ausufern zu lassen. Entgegen der ursprünglichen Intention wurden deshalb Steuern erhöht. Dennoch wird das Defizit im laufenden Jahr mehr als doppelt so hoch sein wie 1981, und auch 1983 wird es nochmals beträchtlich zunehmen. Dies ist sowohl konjunkturbedingt als auch eine Folge von Steuersenkungen.

Die amerikanische Zentralbank behielt grundsätzlich ihren angekündigten geldpolitischen Kurs bei, die monetäre Entwicklung verlief jedoch nach wie vor recht unstetig. Nachdem sich die Expansionsrate der Geldmenge (M_1) zur Jahresmitte abgeschwächt hatte, senkte die Notenbank schrittweise die Leitzinsen. Sie tat das wohl auch mit Rücksicht auf die Liquiditätsschwierigkeiten, die durch den Zusammenbruch zahlreicher - vor allem kleiner - Kreditinstitute besonders offensichtlich wurden. Ferner ließ sie erkennen, daß sie eine Geldmengenentwicklung eher am oberen Rand des Zielkorridors anstrebt und Überschreitungen nicht sogleich mit liquiditätsverknappenden Maßnahmen korrigieren wird. Der Zinsrückgang dürfte sich nur dann stetig fortsetzen, wenn hierin an den Finanzmärkten keine Abkehr von dem potentialorientierten Kurs der Geldpolitik gesehen wird.

Da der Zinsrückgang wahrscheinlich anhält, wird sich die konjunkturelle Situation im nächsten Jahr voraussichtlich allmählich verbessern. Die Nachfrage wird aber auch durch die bereits vollzogene und die für Sommer 1983 vorgesehene weitere Steuersenkung angeregt. Insbesondere dürften sich der private Verbrauch und die Lagerinvestitionen beleben. Demgegenüber deuten die Investitionsplanungen darauf hin, daß die Investitionstätigkeit der Unternehmen vorerst gedrückt bleibt. Das reale Bruttosozialprodukt wird im Laufe des nächsten Jahres nur wenig zunehmen und 1983 insgesamt nur um 1,5 vH steigen, nach einem gleich starken Rückgang im laufenden Jahr. Da-

bei wird sich die Beschäftigung noch nicht nennenswert erhöhen, die Arbeitslosenquote wird 1983 bei 10 vH liegen. Der Preisanstieg dürfte sich weiter - wenn auch nur leicht - abschwächen.

Japan: Nur geringe Expansion

Auch Japan befindet sich in einer ausgeprägten Konjunkturschwäche. Das reale Sozialprodukt ist im Laufe dieses Jahres nur wenig gestiegen, die Industrieproduktion war sogar rückläufig. Zur Schwäche der Gesamtnachfrage trug insbesondere der Rückgang der Ausfuhr bei, der zum Teil durch die zunehmenden Handelshemmnisse gegenüber japanischen Produkten bedingt war. Auch die Ausrüstungsinvestitionen sind gesunken. Gestützt wurde die Gesamtnachfrage durch eine Zunahme des privaten Verbrauchs; mit der deutlichen Beruhigung des Anstiegs der Konsumentenpreise erhöhten sich die Realeinkommen der privaten Haushalte.

Auch in den nächsten Monaten werden voraussichtlich die retardierenden Einflüsse überwiegen. So lassen die anhaltende Konjunkturschwäche in den Industrieländern, die dadurch verstärkte Neigung zum Protektionismus sowie die durch Zahlungsbilanzprobleme beeinträchtigte Importfähigkeit der Länder der Dritten Welt nicht erwarten, daß sich die Ausfuhr bald belebt. Der private Konsum dürfte nur noch schwach zunehmen, weil die Realeinkommen der privaten Haushalte nicht mehr durch eine weitere Inflationsberuhigung begünstigt werden, haben sich doch die Importpreise mit der Abwertung des Yen deutlich erhöht. Angesichts der nachhaltigen Konjunkturschwäche hat sich die Regierung im Oktober entschlossen, Maßnahmen zur Stützung öffentlicher Investitionen und des Wohnungsbaus zu ergreifen.

Im Jahre 1983 dürften sich die Voraussetzungen für eine allmähliche Erholung von Nachfrage und Produktion bessern. Der Zinsrückgang in den USA wird eine monetäre Lockerung in Japan fördern. Zudem ist nach den Erfahrungen der letzten Jahre zu erwarten, daß die Lohnabschlüsse im Frühjahr 1983 der verschlechterten Ertragslage der Unternehmen Rechnung tragen werden. Bei einer tendenziellen Besserung der Konjunktur in den übrigen Industrieländern dürfte im Verlauf des kommenden Jahres die Ausfuhr wieder etwas steigen, zumal sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit japanischer Anbieter durch die Yen-Abwertung verbessert hat. Insgesamt wird das reale Bruttosozialprodukt 1983, da es kaum einen Überhang geben wird, mit voraussichtlich 2,5 vH nicht nennenswert stärker zunehmen als in diesem Jahr. Der Anstieg der Konsumentenpreise wird vermutlich wegen der allmählich auf der Verbraucherstufe spürbar werdenden Abwertung mit schätzungsweise 3,5 vH etwas größer sein als in diesem Jahr.

Westeuropa: Nachfragebelebung weiter verzögert

In Westeuropa kam es im Sommerhalbjahr 1982 nicht zu der erwarteten konjunkturellen Belebung. Vielmehr sind Nachfrage und Produktion nach der vorangegangenen Stagnation erneut gesunken. Die bereits sehr hohe Arbeitslosigkeit ist weiter kräftig gestiegen. Für diesen Konjunkturverlauf sind sowohl außen- als auch binnenwirtschaftliche Einflüsse bestimmend: Die bislang stützende Nachfrage aus den außereuropäischen Ländern ging merklich zurück, und der Zinsrückgang vollzog sich stockender als erwartet.

Die Abschwächung der Investitionstätigkeit hielt an. Ausschlaggebend hierfür waren bei anhaltend hohen Zinsen eine weiter gesunkene Kapazitätsauslastung, ungünstige Absatzerwartungen sowie die zu meist noch verschlechterte Ertragslage der Unternehmen. Gemildert wurde der Rückgang der gewerblichen Anlageinvestitionen durch rege Investitionen im Bereich der Mikroelektronik und durch die Bemühungen um Energieeinsparung. Der Wohnungsbau ging bei den noch immer hohen Zinsen und den gedrückten Einkommenserwartungen weiter zurück, obwohl in einigen Ländern staatliche Wohnungsbauprogramme in Angriff genommen wurden. Auch die staatlichen Investitionsausgaben wurden im Zuge der Bemühungen um Konsolidierung der öffentlichen Haushalte gekürzt.

Der private Verbrauch ist in den meisten Ländern nach der Jahresmitte wohl gesunken. Selbst in Frankreich, Dänemark und Österreich, wo er bis in dieses Jahr hinein gestiegen war, ließ die Expansion der Verbrauchsnachfrage zuletzt deutlich nach. Die Zunahme der verfügbaren Einkommen schwächte sich zu meist weiter ab. Dazu trugen die Erhöhung von Abgaben und die Kürzung von Sozialleistungen bei. Real dürften die verfügbaren Einkommen gesunken sein. Von der Nachfrageschwäche waren zwar nach wie vor langlebige Konsumgüter besonders stark betroffen; aber auch beim Verbrauch höherwertiger Nahrungs- und Genußmittel wird zunehmend Zurückhaltung geübt. Umfrageergebnissen zufolge schätzten die Verbraucher die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung zuletzt wieder pessimistischer ein.

Die Ausfuhren der westeuropäischen Länder sind seit dem Frühjahr gesunken, besonders die in die OPEC-Länder sowie, bedingt durch die teilweise prekäre Zahlungsbilanzsituation und die hohe Verschuldung, die in die meisten Entwicklungs- und Staatshandelsländer. Bei sinkenden Einfuhren und einer zu meist günstigen Entwicklung der Terms of Trade kam es überwiegend zu einer Verbesserung der Leistungsbilanzen. Ausnahmen bildeten vor allem Frankreich und Dänemark, wo die Defizite infolge der noch ex-

pandierenden Inlandsnachfrage und mangelnder Wettbewerbsfähigkeit deutlich stiegen. Wegen verschlechterter Absatzaussichten auf den In- und Auslandsmärkten haben die protektionistischen Tendenzen fast überall erheblich zugenommen.

Die Arbeitslosigkeit hat sich in den meisten Ländern bis zuletzt kräftig erhöht. Da die Ertragslage ungünstig blieb und die Aufträge sanken, wurde nicht nur die Kurzarbeit erneut deutlich ausgeweitet, sondern auch die Zahl der Beschäftigten weiter verringert. Der Anstieg der Arbeitslosenzahl war stärker als der Rückgang der Beschäftigtenzahl, weil sich die demographisch bedingte Zunahme der Erwerbsbevölkerung fortsetzte. Zusätzliche arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, insbesondere für Jugendliche, vermochten diese Tendenzen nur wenig zu dämpfen.

Nachdem sich der Preisauftrieb in Westeuropa bis zur Jahresmitte insgesamt nur wenig verlangsamt hatte, zeigten sich zuletzt in einer Reihe von Ländern merkliche Stabilisierungsfortschritte. Demgegenüber haben sich die Inflationsprobleme in Italien und Frankreich – hier trotz des Lohn- und Preisstopps – kaum verringert. Insgesamt erwies sich der Preisanstieg in Westeuropa vor dem Hintergrund der seit mehreren Jahren betriebenen Stabilisierungspolitik als immer noch recht hartnäckig. Dies ist vor allem auf die kräftige Abwertung der europäischen Währungen gegenüber dem Dollar, aber auch auf den nur allmählich nachlassenden Lohnkostendruck zurückzuführen. Hinzu kommt eine teilweise kräftige Anhebung öffentlicher Tarife und indirekter Steuern.

Die Geldpolitik blieb im Sommerhalbjahr angesichts des Bestrebens, die Abwertung gegenüber dem Dollar in Grenzen zu halten, und wegen der unzureichenden Stabilisierungserfolge bei Preisen und Löhnen zumeist noch restriktiv. Zugleich engten Haushaltsprobleme den finanzpolitischen Spielraum immer stärker ein: Da die Steuereinnahmen deutlich schwächer stiegen als in den Haushaltsplänen vorgesehen und die Gebietskörperschaften verstärkt um Konsolidierung bemüht waren, kürzten sie Ausgabenansätze, in zunehmendem Maße nunmehr auch solche im sozialen Bereich.

Aufgrund der bislang gesetzten wirtschaftspolitischen Bedingungen, der ungelösten Anpassungsprobleme und des zu erwartenden Rückgangs der Exporte in Drittländer werden Nachfrage und Produktion in den westeuropäischen Ländern bis zum Frühjahr 1983 weiter zurückgehen. In dieser Phase dürften namentlich die privaten Investitionen stärker als bisher sinken.

Die vorliegenden Haushaltspläne für 1983 sind in fast allen westeuropäischen Ländern von dem Bemühen geprägt, die Defizite in Grenzen zu halten. Dies

gilt nach dem gescheiterten Versuch, die Konjunktur einseitig über eine Ankurbelung des Konsums anzuregen, auch für Frankreich. Das bisherige Verhalten der Finanzpolitik läßt vermuten, daß eher prozyklische Maßnahmen ergriffen werden, wenn konjunkturbedingt die Einnahmehausfälle noch größer werden.

Angesichts der teilweise bereits erreichten und weiter zu erwartenden Stabilisierungsfortschritte sowie der Gefahr eines sich selbst verstärkenden Abschwungs dürften jedoch die Zentralbanken die Restriktionen lockern und damit dem erwarteten geldpolitischen Kurs in den USA folgen. Es ist indes kaum anzunehmen, daß die Zentralbanken auf eine Politik des billigen Geldes einschwenken werden, da sie in diesem Falle die mühsam erzielten Stabilisierungserfolge rasch gefährden würden. Bei der erwarteten potentialorientierten Expansion der Geldmenge dürften von der Geldpolitik bei rückläufigen Inflationsraten Impulse für eine Belebung der wirtschaftlichen Aktivität im späteren Verlauf von 1983 ausgehen. Gleichwohl wird das reale Bruttosozialprodukt in Westeuropa im Jahre 1983 nicht höher sein als 1982.

Welthandel in der Flaute

Unter dem Einfluß der allgemeinen Konjunkturschwäche ist das Welthandelsvolumen seit dem Frühjahr 1982 gesunken. Besonders stark dürften die Einfuhren der Erdölexportländer und der übrigen Entwicklungsländer zurückgegangen sein. Da diese Tendenzen auch im weiteren Verlauf des Jahres anhalten werden, wird der reale Welthandel im Durchschnitt des Jahres 1982 voraussichtlich etwas niedriger als im Vorjahr sein.

Zu einer Tendenzwende im Welthandel wird es erst im Verlauf des nächsten Jahres kommen. Die Einfuhr der Industrieländer wird dann voraussichtlich wieder zunehmen. Dagegen werden viele Entwicklungsländer angesichts ihrer erheblichen Zahlungsbilanzschwierigkeiten die Einfuhr weiter beschränken. Auch die Erdölexportländer dürften eine zurückhaltende Einfuhrpolitik verfolgen, da ihre Exporterlöse vermutlich nicht wesentlich steigen werden. Insgesamt wird der Welthandel im Laufe des nächsten Jahres nur verhalten expandieren; im Jahresdurchschnitt wird er das Vorjahresniveau abermals kaum erreichen.

Da die Ausfuhrpreise industrieller Produkte weniger konjunkturreegibel sind als die von Rohstoffen, haben sich die Terms of Trade der Industrieländer 1982 verbessert. Dies trägt dazu bei, daß diese Ländergruppe 1982 kaum noch ein Leistungsbilanzdefizit aufweisen wird. Aufgrund der für 1983 zu erwartenden mengenmäßigen Veränderungen der Außenhandelsströme ist eine Umkehr dieser Entwicklung wahrscheinlich. So wird sich die Leistungsbilanz der Indu-

strieländer wegen erhöhter Einfuhren an Erdöl und anderen Rohwaren bei gleichzeitig verschlechterten Absatzmöglichkeiten in der übrigen Welt wieder leicht passivieren.

Anhaltende Baisse auf den Weltrohstoffmärkten

Die Weltmarktpreise für Industrierohstoffe sind in den letzten Monaten weiter leicht gesunken. Der Rohstoffverbrauch ging in den Industrieländern nach wie vor zurück, die Verarbeiter bauten allerdings ihre schon stark reduzierten Vorräte kaum noch ab.

Die Lage auf den Märkten für Industrierohstoffe dürfte sich in den nächsten Monaten wenig ändern. Der Rohstoffbedarf wird angesichts der anhaltenden Konjunkturschwäche vorerst wohl weiter sinken. Auch wenn die Erzeuger versuchen werden, das Angebot durch Produktionskürzungen und durch Marktinterventionen zu reduzieren, dürften die Preise unter Druck bleiben. Bei der zu erwartenden Belebung der Konjunktur in den Industrieländern wird auch die Nachfrage nach Rohstoffen wieder zunehmen. Schon die Herausbildung von Erwartungen auf eine Besserung der Weltkonjunktur dürften die Verarbeiter veranlassen, ihre Rohstoffvorräte aufzustocken. Die Preise werden dann wieder steigen.

Die offiziellen Erdölpreise der Exportländer sind in diesem Jahr zunächst noch etwas gesunken. Auf den Spotmärkten haben sich indes die Rohölnotierungen in letzter Zeit etwas erhöht. Der Rückgang des Importbedarfs in den Industrieländern kommt wohl allmählich zum Stillstand, nachdem der Abbau der Ölvorräte fortgeschritten ist. Im Laufe des Jahres 1983 dürfte

die anhaltende Einsparung und Substitution von Erdöl durch eine konjunkturelle Zunahme des Energiebedarfs wohl zum großen Teil aufgewogen werden. Andererseits werden sich viele Erdölexportländer bemühen, Produktion und Ausfuhr auszuweiten, um ihre Exporterlöse dem steigenden Devisenbedarf anzupassen. Unter diesen Umständen dürften die OPEC-Länder ihre offiziellen Abgabepreise 1983 nicht anheben; die effektiven Ölpreise werden dabei wahrscheinlich unter Druck bleiben.

Auf den Weltmärkten für Nahrungs- und Genußmittel hielt der Angebotsdruck infolge guter Ernten in den Jahren 1980/81 und 1981/82 an. Besonders stark sanken in der letzten Zeit die Preise für Zucker, Mais, Weizen und Sojabohnen. Auf den Kaffee- und Kakaomärkten hat sich die lange Baisse nicht mehr fortgesetzt. Die Vorausschätzungen für die Ernteergebnisse in der Saison 1982/83 sind noch wenig fundiert. Die erkennbaren Tendenzen lassen aber unter Berücksichtigung der in den Exportländern lagernden Vorräte erwarten, daß das Angebot von Nahrungs- und Genußmitteln im Jahre 1983 reichlich bleiben wird. Die Überschußländer werden sich jedoch weiterhin bemühen, das tatsächliche Marktangebot durch nationale Stützungsprogramme (Weizen, Mais, Sojabohnen) und Interventionen im Rahmen von internationalen Abkommen (Kaffee, Kakao, Zucker) zu begrenzen. Andererseits ist damit zu rechnen, daß die Nachfrage durch die weltweite konjunkturelle Dämpfung der Realeinkommen und die Zahlungsbilanzprobleme der Entwicklungsländer beeinträchtigt wird. Die Weltmarktpreise für Nahrungs- und Genußmittel dürften unter diesen Umständen bis über die Jahreswende hinaus nachgeben.

Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland

In der Bundesrepublik Deutschland verlief die wirtschaftliche Entwicklung bis in den Sommer hinein weitgehend so, wie es vor einem halben Jahr an dieser Stelle prognostiziert worden war: Die gesamtwirtschaftliche Produktion stagnierte, die Arbeitslosigkeit stieg, und die Verteuerung der Lebenshaltung schwächte sich ab. Danach kam es jedoch – anders als erwartet – nicht zu einer Belebung, sondern zu einem ausgeprägten Rückgang der Produktion.

Zwar sind die Löhne nicht stärker gestiegen, als in der Prognose angenommen worden war, und die Zinsen weiter gesunken; der Rückgang der Zinsen vollzog sich jedoch nicht stetig, sondern wurde durch einen Anstieg unterbrochen, der erneute Verunsicherungen auslöste. Hinzu kam, daß zahlreiche Entwicklungs- und Staatshandelsländer, darunter auch Länder der OPEC, in Zahlungsschwierigkeiten gerieten und die Banken sich bei der Verlängerung ablaufender und der Gewährung zusätzlicher Kredite zurückhielten. Aus diesen Gründen, aber auch wegen der unerwarteten erneuten konjunkturellen Schwäche in den Industrieländern nahmen die Bestellungen aus dem Ausland nach dem kräftigen Anstieg im vergangenen Jahr stark ab. Nicht minder schwer fiel ins Gewicht, daß die Wirtschafts- und Finanzpolitik keine verlässlichen Grundlagen für unternehmerische Entscheidungen lieferte, ja manches, was zuvor beschlossen worden war, wurde wieder zurückgenommen, und manches, was zuvor verworfen worden war, wurde wieder erwogen – und dies nicht immer aus Einsicht, sondern auch auf Druck starker Interessengruppen. Zudem wurde immer deutlicher, daß hinter den zahlreichen Maßnahmen keine einheitliche Meinung über die Ursachen der wirtschaftlichen Schwäche und über geeignete Wege zu ihrer Überwindung stand, sondern die Meinungen darüber weit auseinanderstrebten. Dabei sahen die einen die Gründe in zu vielen staatlichen Eingriffen, die anderen in zu wenig staatlicher Aktivität. Dies alles belastete die Erwartungen der Unternehmer sehr stark.

Wirtschaftlicher Rückschlag durchkreuzt geplante Verringerung des Staatsdefizits

Obwohl sich der Staat bemühte, seine Ausgaben kurz zu halten und die Einnahmen über Steuererhöhungen zu steigern, wird das Staatsdefizit in diesem Jahr größer sein als vor einem halben Jahr an dieser Stelle geschätzt und weitaus größer, als es zu Beginn des Jahres von der Bundesregierung erwartet worden war. War ursprünglich eine Rückführung des gesamten Staatsdefizits um 15 bis 20 Mrd. DM beabsichtigt, so wird es nunmehr mit rd. 63 Mrd. DM eine ähnliche Größenordnung aufweisen wie im vorigen Jahr. Zwar

wird sich der Fehlbetrag bei den Gebietskörperschaften um 2 Mrd. DM auf 65 Mrd. DM verringern, der Überschuß bei der Sozialversicherung aber um 3 Mrd. DM auf 2 Mrd. DM sinken.

Hinter dem – gegenüber dem Vorjahr – gleichbleibenden Staatsdefizit verbirgt sich ein Rückgang des strukturellen und ein entsprechender Anstieg des konjunkturellen Defizits. Auch wenn sich diese beiden Komponenten einer exakten Quantifizierung entziehen, deutet doch vieles darauf hin, daß sich ihre einander entgegengerichtete Bewegung im Jahresverlauf verstärkt hat.

Die Konsolidierungsbemühungen des Staates, die darauf zielen, den strukturellen Teil des Defizits zu verkleinern, werden mehr und mehr auch bei den Personalausgaben und den Sachausgaben deutlich. Die staatlichen Verbrauchsausgaben werden in diesem Jahr nur noch um 4 vH zunehmen, nach 7 vH im Vorjahr, und nach Ausschaltung von Preissteigerungen nur wenig höher sein als vor einem Jahr. Besonders stark wirkt sich das Bemühen um Konsolidierung nach wie vor bei den staatlichen Investitionen aus. Sie werden im Jahr 1982 dem Volumen nach um 9 vH unter dem Vorjahresniveau liegen. Dagegen werden die Unterstützungszahlungen für Arbeitslose um 3,5 Mrd. DM und die Zinszahlungen um 8,5 Mrd. DM steigen.

Der Anstieg der Steuereinnahmen dürfte 1982 mit 2,5 vH um 2 Prozentpunkte oder reichlich 7 Mrd. DM niedriger ausfallen, als bei den Haushaltsplanungen 1982 angesetzt worden war. Die gesamten Staatseinnahmen werden um knapp 5 vH zunehmen, die Staatsausgaben um 4,5 vH. In den Einnahmen ist die Gewinnablieferung der Bundesbank in Höhe von 10,5 Mrd. DM enthalten. Ohne sie wäre der Anstieg der Einnahmen um mehr als einen Prozentpunkt niedriger.

Geldpolitik auf angemessenem Kurs

Die Bundesbank setzte den im Herbst vorigen Jahres eingeschlagenen Kurs der Auflockerung der Geldmärkte fort, um die Zentralbankgeldmenge im oberen Bereich des Zieltrichters zu halten. Sie sah dazu Spielraum, da sich das Defizit in der Leistungsbilanz verringerte und der Preisauftrieb nachließ. Sie stellte dabei den Kreditinstituten das zur Ausweitung der Geldbestände notwendige Zentralbankgeld nicht mehr allein über Wertpapier-Pensionsgeschäfte und andere kurzfristig reversible Maßnahmen zur Verfügung, sondern erhöhte auch die Rediskontkontingente und setzte die Mindestreservesätze herab. Sie versorgte damit die Geschäftsbanken dauerhaft mit zusätzlicher Liquidität. Zudem ging sie vom Sonderlom-

bard zum normalen Lombardkredit über und senkte mehrmals die Refinanzierungssätze.

Bei der Wahl der Zeitpunkte und der Dosierung der Maßnahmen orientierte sich die Bundesbank auch an der Geldpolitik in den USA, weil sie offenbar befürchtete, der Kurs der D-Mark werde sonst gegenüber dem Dollar noch stärker unter Druck geraten. Erst als dort der Diskontsatz mehrfach herabgesetzt worden war und die Zinsen auf dem amerikanischen Geldmarkt deutlich fielen, förderte sie den Prozeß der Zinssenkungen wieder.

Der vorübergehende Anstieg der Zinsen dämpfte die Ausweitung der Geldbestände in der Wirtschaft und führte zu Umschichtungen der Einlagen von - unverzinsten - Sichteinlagen zu Termin- und Sparkonten. Das Geldvolumen in der Abgrenzung von Bargeld und Sichteinlagen (M_1) fiel daher im Spätsommer auf den Stand vom Frühjahr zurück, während das Geldvolumen in der weiteren Abgrenzung, in der auch Termin- und Spargelder erfaßt sind (M_3), zunahm, wenn auch deutlich schwächer als vorher. Infolgedessen stieg auch die Zentralbankgeldmenge nicht mehr so rasch, sie blieb aber im oberen Bereich des Zieltrichters.

In den letzten Wochen setzte sich der Rückgang der Zinsen wieder fort; Mitte Oktober waren die Zinsen auf dem Geldmarkt um reichlich, die auf dem Rentenmarkt um knapp einen Prozentpunkt niedriger als vor der Unterbrechung des Zinsrückgangs im Frühjahr. Der Rückgang hat die Ausweitung der Geldmenge angeregt, aber wohl nicht über das stabilisierungs- und potentialgerechte Maß hinaus. Alles in allem ist der Kurs der Bundesbank als zielgerecht anzusehen.

Außenwert der D-Mark weiter gestiegen

Der Außenwert der D-Mark ist in den Sommermonaten weiter gestiegen, allerdings nicht gegenüber dem Dollar. Im Europäischen Währungssystem stieß der Kurs der D-Mark im Frühsommer erneut an den oberen Rand des vereinbarten Bandes; die Regierungen der beteiligten Länder sahen sich zum dritten Mal innerhalb von neun Monaten zu Änderungen der Leitkurse gezwungen. Bei dieser letzten Korrektur wurde der Leitkurs der D-Mark gegenüber dem Französischen Franc, der Währung des wichtigsten Handelspartners der Bundesrepublik, offenbar im Vorgriff auf künftige Kosten- und Preisdivergenzen, um nicht weniger als 10 1/2 vH heraufgesetzt; gegenüber dem Durchschnitt aller Partnerwährungen betrug die Erhöhung des Leitkurses 5 1/2 vH. Der Marktkurs der D-Mark blieb bisher aber um die Hälfte hinter der Erhöhung des Leitkurses zurück.

Gegenüber dem amerikanischen Dollar wertete sich die D-Mark dagegen von Mitte Mai an wieder ab,

und zwar bis Mitte Oktober um fast 10 vH, obwohl sich der Unterschied zwischen den Zinsen in den USA und denen in der Bundesrepublik deutlich verringerte. Die Stärke des Dollar erklärt sich vor allem daraus, daß er derzeit die mit Abstand begehrteste Anlagewährung ist; die Finanzmärkte in den USA werden offenbar in Krisen als widerstandsfähiger eingeschätzt als die in anderen Ländern.

Insgesamt ist der Außenwert der D-Mark im Sommerhalbjahr um reichlich 2 vH gestiegen und damit etwa im gleichen Ausmaß, wie die Preissteigerungsraten im Ausland über denen im Inland lagen. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in der Bundesrepublik hat sich also im Durchschnitt nicht verändert.

Einbruch beim Export

Zum Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion trug in erheblichem Maße die Ausfuhr bei. Sie nahm - nachdem sie etwa ein Jahr lang kräftig gestiegen war - vom Frühjahr bis zum Herbst mit einer Jahresrate von 10 vH ab. Diese Entwicklung ist zum erheblichen Teil eine Folge der Zahlungsschwierigkeiten zahlreicher Entwicklungsländer, darunter auch solcher, die Erdöl exportieren. Die Zahlungsschwierigkeiten dieser Länder sind zu einem gewichtigen Teil eine Folge der lang anhaltenden wirtschaftlichen Schwäche in den Industrieländern, die die Nachfrage nach Rohstoffen stocken und deren Preise sinken ließ.

Die Exporte in die Industrieländer gingen zwar ebenfalls zurück, aber bei weitem nicht so stark wie die in die Entwicklungsländer. Der Grund für den Rückgang liegt offenbar in der erneuten wirtschaftlichen Abschwächung in den westeuropäischen Ländern. Die Preise für Ausfuhr Güter sind nur noch verlangsamt gestiegen. Hierin spiegelt sich auch das Bemühen um die Sicherung des Auslandsabsatzes wider.

Anlageinvestitionen gesunken

Der Rückgang der Bestellungen aus dem Ausland, die Unsicherheit über den wirtschaftspolitischen Kurs, die steigende Zahl der von Zahlungsunfähigkeit betroffenen Unternehmen - auch solcher mit weltbekanntem Namen - sowie die noch immer hohen Zinsen belasteten die Investitionsneigung so sehr, daß sie wider Erwarten nicht erstarkte, sondern weiter nachließ. Die Bestellungen von Investitionsgütern und auch die Ausrüstungsinvestitionen nahmen in den letzten Monaten deutlich ab. Gleichwohl verteuerten sich Investitionsgüter verstärkt, wahrscheinlich auch deshalb, weil die Preise für Stahl auf Verordnung der Kommission der Europäischen Gemein-

schaft in mehreren Stufen kräftig heraufgesetzt worden waren.

Die Bautätigkeit ging ebenfalls bis zuletzt zurück. Besonders ausgeprägt war dies im Wohnungsbau und im öffentlichen Bau. Der gewerbliche Bau zehrte dagegen noch von hohen Auftragsbeständen und wurde durch den staatlich geförderten Ausbau der Fernwärme-Versorgung gestützt.

Der Mangel an Aufträgen verschärfte den Wettbewerb derart, daß die Preise in einigen Zweigen des Baugewerbes nicht mehr stiegen, sondern sanken. Bei dem Druck auf die Erträge hat sich die Zahl der Zusammenbrüche von Unternehmen innerhalb der letzten zwölf Monate um mehr als die Hälfte erhöht.

Ausgeprägte Schwäche des privaten Verbrauchs

Da nunmehr zur Schwäche der Inlandsnachfrage der Rückgang der Ausfuhr hinzukam, sank die Beschäftigung beschleunigt. Dies schlug sich immer stärker in den Einkommen der privaten Haushalte nieder. Zudem lenkten die Progression des Steuertarifs sowie Erhöhungen von Sozialversicherungsbeiträgen einen erheblichen Teil des ohnehin geringen Einkommenszuwachses in die öffentlichen Kassen. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte ist daher nur noch wenig gestiegen. Da sich zudem die Lebenshaltung wegen der Erhöhung von Verbrauchsteuern, Gebühren und öffentlichen Tarifen zusätzlich verteuerte, stand den privaten Haushalten weniger Kaufkraft als vorher zur Verfügung. Zu alledem scheint die Diskussion über weitere Steuererhöhungen und Kürzungen von staatlichen Leistungen die Einkommenserwartungen belastet und die steigende Arbeitslosigkeit das Vorsorgesparen bis in den Sommer hinein gefördert zu haben. Der private Verbrauch tendierte daher weiter nach unten. Betroffen davon waren vor allem die Käufe von Kraftfahrzeugen, Bekleidung, Schuhen und Hausrat sowie mehr und mehr auch die Ausgaben für Reisen.

Produktion gesunken

Das Bruttoinlandsprodukt ging im Laufe des Sommerhalbjahrs um etwa 1,5 vH zurück und war damit im dritten Vierteljahr um annähernd 2 vH niedriger als ein Jahr zuvor. Rückläufig war nicht nur die Produktion in den warenproduzierenden Gewerbebranchen, sondern auch die Wertschöpfung im Dienstleistungsbereich. Trotz der starken Rücknahme blieb die Produktion in manchen Zweigen größer als der Absatz, so daß die Lagerbestände ungeplant stiegen. Die Produktion wird von dieser Seite her vorerst unter Druck stehen.

Rückgang der Beschäftigung beschleunigt

Wie sehr die wirtschaftliche Abwärtsbewegung um sich greift, zeigt sich nicht zuletzt darin, daß der Personalbestand nicht mehr allein in der Industrie und im Baugewerbe, sondern auch im Bereich von Handel und Verkehr durch Entlassungen verringert wird oder infolge von Betriebsschließungen schrumpft. Das altersbedingte Ausscheiden von Personen aus dem Erwerbsleben reicht jedenfalls auch in diesen Wirtschaftsbereichen nicht mehr aus, den Personalbestand dem gesunkenen Bedarf anzupassen.

Die Zunahme der Arbeitslosigkeit war auch in den letzten Monaten stärker als der Rückgang der Beschäftigtenzahl, da nach wie vor mehr Personen ins Erwerbsleben eintreten als ausscheiden. Im Herbst lag die von Saisoneinflüssen bereinigte Zahl der Arbeitslosen bereits bei zwei Millionen. Von Arbeitslosigkeit betroffen sind mehr und mehr auch Facharbeiter, sei es, weil Unternehmen schließen müssen, sei es, weil selbst Facharbeiter nicht mehr durchgehalten werden können.

Einfuhr gedrückt

Die Einfuhr von Waren ist weitgehend durch die wirtschaftliche Schwäche in der Bundesrepublik geprägt. Das gilt für die Importe von Vorprodukten ebenso wie für die von Investitions- und Verbrauchsgütern. Bemerkenswert stark sanken die Bezüge von Straßenfahrzeugen - sie waren zuletzt um ein Drittel niedriger als vor einem Jahr - sowie die Importe von Mineralöl aus den Ländern der OPEC. Zum Rückgang der Einfuhren von Fahrzeugen trug die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Hersteller und wohl auch die »freiwillige« Selbstbeschränkung der japanischen Exporteure bei. Der Rückgang der Einfuhren aus den Ländern der OPEC erklärt sich nicht nur aus der Verminderung des Bedarfs an Rohöl, sondern auch aus der Verlagerung der Ölbezüge zugunsten ölexportierender europäischer Länder.

Wegen der Abwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar hat sich der Rückgang der Weltmarktpreise von Rohstoffen nicht voll auf die deutschen Einfuhrpreise ausgewirkt; die Aufwertung der D-Mark gegenüber den meisten anderen Währungen hat den Anstieg der Preise von Fertigwaren gedämpft.

Leistungsbilanz im Überschuß

Die Einfuhr von Waren ist zwar in den letzten Monaten dem Volumen nach nicht so stark gesunken wie die Ausfuhr, da jedoch die Importpreise weniger gestiegen sind als die Exportpreise, hat sich der Überschuß in der Handelsbilanz weiter erhöht. In den er-

sten acht Monaten des Jahres belief er sich auf rund 30 Mrd. DM, vor einem Jahr hatte er nur 10 Mrd. DM betragen.

Infolgedessen verringerte sich das Defizit in der Leistungsbilanz auf 5,5 Mrd. DM. Stellt man die in der Urlaubszeit üblichen Steigerungen der Ausgaben im Reiseverkehr in Rechnung, dann ergibt sich für die Zeit von Januar bis August saisonbereinigt bereits ein Überschuß von etwa 2 Mrd. DM; im gesamten Jahr wird er sich vermutlich auf 5 Mrd. DM erhöhen.

Verteuerung der Lebenshaltung ließ nur zögernd nach

Der Preisauftrieb hat sich in der Grundtendenz deutlich abgeschwächt. Beim Preisindex für die Lebenshaltung wurde diese Entwicklung jedoch vorübergehend gestört: Wurde der Anstieg zu Jahresbeginn durch die Verbilligung von Heizöl und Benzin sowie im Herbst durch die Verbilligung von Nahrungsmitteln zusätzlich gedämpft, so wurde er in der Zwischenzeit durch die Erhöhung von Verbrauchsteuern und öffentlichen Gebühren verstärkt. Die Steigerungsrate im Vorjahresvergleich, die im September noch 4,9 vH betrug, überzeichnet daher die Grundtendenz.

Ausblick

Das Urteil über die weitere konjunkturelle Entwicklung war sicherlich seit den 50er Jahren selten so schwierig wie in diesem Herbst. Die Wirtschaft der Bundesrepublik befindet sich gegenwärtig in einer Lage, in der akuter Nachfragerückgang mit fundamentaler Wachstumsschwäche zusammentrifft. Es gibt keine Erfahrung, wie sich Investoren und Konsumenten in einem solchen Fall verhalten. Hinzu kommt eine ungewöhnliche Kumulierung von weltwirtschaftlichen Risiken und anhaltenden wirtschaftspolitischen Unsicherheiten. Zusammen bewirkt das ein hohes Maß an Labilität.

Kennzeichnend für die Lage der Weltwirtschaft ist nicht nur ein nachhaltiger konjunktureller Abschwung, sondern auch eine krisenhafte Entwicklung im internationalen Finanzsystem. Würden internationale Kreditketten reißen, hätte dies gefährliche Folgen für die Weltwirtschaft und damit auch für die deutsche Wirtschaft. Doch es gibt Chancen, daß dies vermieden wird. Die Behandlung der bisherigen Fälle von Illiquidität durch Banken und internationale Organisationen hat gezeigt, daß man die Auswirkungen begrenzen kann. Zwar gibt es keine Sicherheit, daß dies auch in weiteren Fällen so sein wird. Aber die Einsicht, im wohlverstandenen Eigeninteresse auch künftig so zu verfahren, scheint groß genug zu sein,

um mit ähnlichen Verhaltensweisen wie bisher rechnen zu können.

Unsicherheit besteht auch nach dem Regierungswechsel über die künftigen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. So lassen die bisher erklärten Absichten der neuen Regierung die mittelfristigen Perspektiven nicht klar genug erkennen. Auf kurze Sicht wirken einige der im Regierungsprogramm genannten Maßnahmen einander entgegengesetzt: Elementen einer kurzfristigen Nachfragestützung stehen solche gegenüber, die zunächst die Nachfrage schwächen und damit möglicherweise die Erwartungen der Investoren beeinträchtigen.

Für die nächsten Monate entsteht eine Unsicherheit besonderer Art aus der Frage, ob die für den 6. März 1983 vorgesehene Bundestagswahl ein Ergebnis haben wird, das die Verwirklichung der wirtschaftspolitischen Vorstellungen der neuen Bundesregierung zuläßt. Zwar dürften manche der neuen Maßnahmen unabhängig vom Wahlausgang durchgeführt werden; aber es ist fraglich, ob dies im Urteil der Investoren und Konsumenten viel Gewicht hat. Daher sind bis zur Wahl sicherlich erheblich weniger Anstoßwirkungen von dem Programm zu erwarten, als sonst möglich gewesen wären. Vom Wahlausgang wird es abhängen, ob diese Hemmnisse entfallen. Die Antwort auf diese Frage wird für die Wirtschaftsentwicklung im Jahr 1983 Unterschiedliches bedeuten, für den Verlauf mehr als für die jahresdurchschnittlichen Ergebnisse. Da nicht beurteilt werden kann, welchen wirtschaftspolitischen Kurs eine andere Regierung verfolgen würde, ist es auch nicht möglich, eine alternative Prognose zu stellen.

Trotz der erheblichen Unsicherheiten über einige wichtige Bedingungen erfordert die Prognose »feste« Annahmen auch hierfür:

- Wie im weltwirtschaftlichen Teil dieser Diagnose ausgeführt worden ist, wird angenommen, daß es nicht zu einem Kollaps des internationalen Finanzsystems kommt. Die wirtschaftliche Entwicklung in den Industrieländern wird zunächst schwach bleiben. Erst für den späteren Verlauf des nächsten Jahres bestehen Chancen, daß eine Erholungstendenz beginnt. Da diese sich erst mit Verzögerung auf die Öl und andere Rohstoffe exportierenden Entwicklungsländer auswirken kann, wird deren Einfuhr im nächsten Jahr sehr gedämpft bleiben. Ähnliches gilt für die mit Zahlungsschwierigkeiten kämpfenden Staatshandelsländer.
- Die Weltmarktpreise für Öl und Rohstoffe werden unter diesen Umständen vorerst unter Druck bleiben. Da sich überdies die D-Mark gegenüber dem Dollar, in dem Öl und andere Rohstoffe fakturiert

werden, wohl etwas aufwerten wird, werden die deutschen Einfuhrpreise für diese Güter insgesamt bis weit in das kommende Jahr hinein eher sinken.

- Die Deutsche Bundesbank wird aller Voraussicht nach den Kurs einer potentialorientierten Ausweitung der Geldmenge fortsetzen. Bei dieser Geldpolitik werden die anhaltende Preisstabilisierung, die Politik zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und die schwache Wirtschaftsentwicklung zu einem deutlichen Rückgang der Zinssätze führen. Von den internationalen Bedingungen dürfte das unterstützt werden.
- Für die Wirtschafts- und Finanzpolitik wird davon ausgegangen, daß die in den Vereinbarungen der neuen Koalition und in der Regierungserklärung angekündigten Maßnahmen — einschließlich der übernommenen Beschlüsse der vorigen Regierung — verwirklicht werden.
- In der Lohnrunde des Jahres 1983 werden die Tarifparteien unter dem Eindruck einer sich rapide verschlechternden Arbeitsmarktlage, einer weiteren Dämpfung des Preisauftriebs sowie einer noch immer ungünstigen Ertragslage stehen. Dies läßt erwarten, daß die Tarifparteien niedrigere Lohnerhöhungen vereinbaren als in diesem Jahr, in dem sie rund 4 vH betrogen. Es zeichnet sich ab, daß sich dabei wieder weithin einheitliche Abschlußsätze ergeben, also der unterschiedlichen Lage der einzelnen Wirtschaftszweige nicht Rechnung getragen wird.

Unter diesen Bedingungen halten es die Institute nicht für wahrscheinlich, daß es zu einer Selbstverstärkung der Abschwungkkräfte kommt; sie erwarten vielmehr, daß sich Nachfrage und Produktion im Laufe des Winterhalbjahres 1982/83 allmählich stabilisieren. Für den weiteren Verlauf des nächsten Jahres sehen sie aufgrund der Verbesserung einiger Rahmenbedingungen und wegen der Wahrscheinlichkeit zyklischer Reaktionen nach oben, vor allem bei der Lagerbewegung, die Möglichkeit einer leichten Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Aktivität. Dies als konjunkturelle Wende zu bezeichnen, fällt angesichts der fortbestehenden Probleme schwer. Jedenfalls sind die Voraussetzungen für nachhaltiges Wachstum noch nicht erfüllt. Zu betonen ist die Häufung der Risiken. Die hier prognostizierte Entwicklung wird von den Instituten lediglich für wahrscheinlicher gehalten als ungünstigere Verläufe, die ebenfalls begründbar wären.

Investitionsneigung bleibt labil

Die Vielzahl der Unsicherheiten belastet zweifellos in besonders hohem Maße das Investitionsklima. Gä-

be es nicht den Sondereinfluß, der vom Fristablauf bei der Investitionszulage ausgeht, wäre weiterhin mit einer deutlich rückläufigen Nachfrage nach Ausrüstungsgütern zu rechnen. So aber werden die Investitionsgüterbestellungen bis zum Jahresende sicherlich kräftig zunehmen und danach zurückfallen. Dies wird sich in der Investitionstätigkeit im Winterhalbjahr so nicht widerspiegeln, vielmehr dürfte es dort einen gleichmäßigeren Verlauf mit fallender Tendenz geben.

Die weitere Entwicklung der Investitionen wird durch die Verbesserung einiger Rahmenbedingungen, insbesondere durch niedrigere Zinsen, verringerten Kostendruck und wirtschaftspolitische Anregungen, begünstigt werden. Zweifellos wird aber bei keinem anderen Teil der wirtschaftlichen Aktivität so viel vom Wahlausgang abhängen wie bei den Unternehmensinvestitionen. Er wird darüber entscheiden, ob und wie die mittelfristigen Investitionspläne korrigiert werden. Ein kräftiger Anstieg der Investitionstätigkeit im Jahre 1983 ist freilich auch im Falle einer Bestätigung des Kurses der neuen Bundesregierung nicht zu erwarten. In der Prognose ist nur ein allmählicher Anstieg im Verlauf des Jahres, zu dem auch die Investitionszulage beiträgt, angenommen worden; im Jahresdurchschnitt ergibt sich lediglich eine bescheidene Zunahme.

Belegung der Bauinvestitionen

Die Nachfrage nach Bauleistungen, die sich schon in den vergangenen Monaten erhöht hatte, dürfte sich zunehmend erholen. Dazu werden außer der anhaltenden Zinssenkung eine Fülle von wirtschaftspolitischen Maßnahmen beitragen.

Beides gilt in besonders hohem Maße für den Wohnungsbau. Hier ist mit einer deutlichen Belegung der Nachfrage zu rechnen. Maßgebend dafür werden der Rückgang der Hypothekenzinsen, vor allem aber die massive Förderung des Wohnungsbaus durch teilweise schon in Kraft getretene, teilweise geplante wirtschaftspolitische Maßnahmen sein. Besonders bedeutsam sind

- die Verbesserung der Abschreibungsbedingungen für Wohnbauten,
- die Förderung des Baus von Eigenheimen und Eigentumswohnungen durch den Abzug von Schuldzinsen bis zu 10 000 DM jährlich für drei Jahre bei gleichzeitiger uneingeschränkter Abschreibung nach § 7b EStG,
- Zinsverbilligungen bei der Zwischenfinanzierung von Bausparverträgen,
- die Verlängerung des Heizenergiesparprogramms in modifizierter Form,

- die Finanzierung des Baus zusätzlicher Sozialwohnungen und
- die Lockerung der bestehenden Mietpreisbindungen mit dem Ziel, Wohnungsvermietung rentabler zu machen.

Insgesamt werden die realen Wohnungsbauinvestitionen im Verlauf des Jahres 1983 kräftig expandieren.

Auch im Wirtschaftsbau ist eine gewisse Belebung der Nachfrage zu erwarten, vor allem wegen der Anhebung der degressiven Abschreibungssätze für Betriebsgebäude, der Investitionszulage sowie der Wärmeschutzverordnung. Insgesamt werden die realen Investitionen im Wirtschaftsbau im kommenden Jahr allmählich wieder zunehmen.

Für die öffentlichen Bauinvestitionen sind die Aussichten ungünstiger. Wegen der anhaltenden Konsolidierungsbemühungen der Gebietskörperschaften, insbesondere vieler Gemeinden, ist damit zu rechnen, daß die staatlichen Bauinvestitionen bis weit in das nächste Jahr rückläufig sein werden.

Insgesamt werden die Bauinvestitionen schon bald steigen; die Expansion dürfte sich im weiteren Verlauf des Jahres 1983 spürbar beschleunigen.

Privater Verbrauch bleibt gedrückt

Die Nachfrage der privaten Haushalte wird bis ins nächste Jahr hinein weiter sinken; ausschlaggebend dafür ist die Entwicklung der Realeinkommen. Niedrigere Lohnabschlüsse, sinkende Beschäftigung und steigende Abgabenbelastung werden dazu führen, daß die Einkommen der Arbeitnehmer nur geringfügig zunehmen. Wegen der Sparmaßnahmen der Regierung wird der Anstieg der Einkommensübertragungen an private Haushalte merklich niedriger sein als in diesem Jahr. Zu erwähnen sind die Verschiebung der Rentenanpassung um sechs Monate, die Einführung eines Krankenkassenbeitrages für Rentner zur Jahresmitte, die Kürzung des Kindergeldes für Bezieher höherer Einkommen und Kürzungen beim Wohngeld und bei den BAFÖG-Leistungen. Alles in allem wird sich das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte bis zur Mitte des nächsten Jahres nicht erhöhen, und danach nur wenig. Für das ganze Jahr dürfte sich die Zunahme auf weniger als 3 vH belaufen. Da die Verteuerung der Lebenshaltung diese Rate nicht zuletzt wegen der Erhöhung der Mehrwertsteuersätze übersteigen wird, werden die Realeinkommen erneut sinken.

Wie die Einkommen auf Verbrauch und Ersparnis aufgeteilt werden, hängt von zahlreichen Einflüssen ab. Ersparnissteigernd wirken sicherlich die zuneh-

mende Sorge um den Arbeitsplatz und der vergleichsweise stärkere Anstieg der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, aus denen mehr gespart wird als aus anderen Einkommen. Ersparnissenkend wirken dagegen die zurückgehenden Zinsen und einige Sonderfaktoren, wie die Zwangsanleihe, die Verschiebung der Rentenanpassung und das Freiwerden einer größeren Zahl von prämiengünstigen Sparguthaben. Insgesamt dürfte die Sparquote im Verlauf des Jahres 1983 leicht sinken. Der reale private Verbrauch wird im Jahresergebnis nochmals etwas abnehmen.

Ausfuhr erholt sich wieder

Die Warenausfuhr wird in den nächsten Monaten voraussichtlich weiter zurückgehen, wenn auch deutlich langsamer als bisher. Für eine Tendenzumkehr im Laufe des kommenden Jahres sprechen die erwartete allmähliche Belebung der Konjunktur in den USA und die leichte Besserung der Nachfrage in Westeuropa im späteren Verlauf des kommenden Jahres; zugleich werden die Importe der Ölausfuhrländer wohl nicht mehr so stark sinken wie bisher. Beträchtliche Risiken bestehen allerdings vor allem bei der Einfuhr der übrigen Entwicklungsländer. Aber auch Zeitpunkt und Ausmaß der Nachfragebelebung in den Industrieländern sind sehr unsicher.

Belastend dürfte sich angesichts des deutschen Exportsortiments die weltweite Investitionsschwäche auswirken. Andererseits wird der Ausfuhr sicherlich die in den letzten Jahren stark verbesserte Wettbewerbsposition zugute kommen. Alles in allem wird die Ausfuhr von Waren im Verlauf des nächsten Jahres wieder zunehmen, wenn auch nur verhalten. Im Durchschnitt des Jahres wird sie allerdings nicht höher sein als in diesem Jahr.

Höherer Leistungsbilanzüberschuß

Die reale Wareneinfuhr wird im Winterhalbjahr wegen der anhaltend schwachen Binnennachfrage nochmals leicht zurückgehen. Die Einfuhr von Energierohstoffen wird allerdings nicht mehr sinken, da der Lagerabbau nun wohl zu Ende geht. Erst mit einer Belebung von Nachfrage und Produktion wird die deutsche Einfuhr wieder expandieren. Erfahrungsgemäß gehen dabei Impulse zunächst von den Lagerdispositionen aus, die zu erhöhten Bezügen von industriellen Vorprodukten führen. Die Einfuhr von Fertigwaren dürfte sich erst im späteren Verlauf des Jahres beleben.

Bei der zu erwartenden Entwicklung im Waren- und Dienstleistungsverkehr wird der reale Außenbeitrag 1983 etwa ebenso hoch sein wie in diesem Jahr. Die Terms of Trade werden im Jahresdurchschnitt voraus-

sichtlich nochmals günstiger als 1982 sein; der nominale Außenbeitrag wird weiter steigen. Für die Leistungsbilanz bedeutet dies einen höheren Überschuß als in diesem Jahr; er dürfte eine Größenordnung von 10 Mrd. DM erreichen.

Starke Verschlechterung am Arbeitsmarkt

Angesichts der noch rückläufigen Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen wird die gesamtwirtschaftliche Produktion im Winterhalbjahr noch sinken; im weiteren Verlauf des Jahres 1983 wird sie sich allmählich erhöhen. Insgesamt wird das reale Bruttoinlandsprodukt im kommenden Jahr nicht höher sein als in diesem¹; im ersten Halbjahr wird das Vorjahrsniveau deutlich unter-, im zweiten Halbjahr deutlich überschritten werden.

Bei dieser Produktionsentwicklung und der anhaltenden Zunahme des Erwerbspersonenpotentials werden sich die Probleme auf dem Arbeitsmarkt erheblich verschärfen. Der Rückgang der Beschäftigtenzahl wird sich im Winterhalbjahr beschleunigen. Die Besserung der Lage in der zweiten Jahreshälfte wird nur ausreichen, den Beschäftigtenrückgang allmählich zu verringern. Die Unternehmen werden zunächst Produktivitätsreserven nutzen und Kurzarbeit abbauen. Zu betonen ist aber, daß das künftige Beschäftigungsverhalten der Unternehmen nicht sicher vorausgesehen werden kann, da sich frühere Erfahrungen nur noch bedingt auf die aktuelle Situation übertragen lassen.

Die Arbeitslosigkeit wird in den kommenden Monaten weiter beträchtlich zunehmen. Auf dem saisonalen Höhepunkt im Winter könnte die Zahl der registrierten Arbeitslosen eine Größenordnung von 2 1/2 Millionen erreichen. Die Arbeitslosigkeit wird, abgesehen von Saisonschwankungen, während des ganzen nächsten Jahres weiter steigen, wenn auch verlangsamt. Dabei dürfte die Zahl der Arbeitslosen — anders als in diesem Jahr — nur noch wenig stärker steigen, als die der Beschäftigten sinkt. Es ist nämlich zu vermuten, daß wegen der ungünstigen Beschäftigungsaussichten mehr Arbeitskräfte als bisher die Suche nach einem Arbeitsplatz aufgeben und sich in die Stille Reserve zurückziehen. Im Jahresdurchschnitt dürfte die Zahl der Arbeitslosen 1983 etwa 2,3 Millionen betragen und damit um mehr als 450 000 höher sein als 1982; die Arbeitslosenquote — der Anteil der Arbeitslosen an der Gesamtzahl der Arbeitnehmer — wird bei 9 1/2 vH liegen, nach 7 1/2 vH in diesem Jahr.

Verstärkung der Konsolidierungsbemühungen

Die Ausgangssituation für die zukünftige Finanzpolitik und die Entwicklung der staatlichen Haushalte ähnelt derjenigen von vor einem Jahr. Nach wie vor

bemüht man sich auf allen Haushaltsebenen um Konsolidierung; gleichzeitig wird versucht, mit einzelnen Maßnahmen die Konjunktur anzuregen.

Einsparungen betreffen vor allem den Sozialbereich, wobei hier die vom Umfang her bedeutendsten Maßnahmen die Verschiebung der Rentenerhöhung um ein halbes Jahr und die Kürzungen des Kindergeldes sind. Zusätzliche Einnahmen sollen durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer zum 1. 7. 1983 und die Erhebung einer auf zwei Jahre befristeten, rückzahlbaren »Zwangsanleihe« erzielt werden.

Es ist vorgesehen, die Mittel aus der Zwangsanleihe voll und die aus der Mehrwertsteuererhöhung teilweise zur Investitionsförderung einzusetzen. Abgesehen von den Erleichterungen bei der Gewerbesteuer betreffen die vorgeschlagenen Maßnahmen allerdings ausschließlich den Wohnungsbau. Da die Förderung zunächst nur zu einem relativ geringen Teil zu zusätzlichen Kassenausgaben führt, dürfte der gesamte Staatshaushalt 1983 durch das vorgesehene Programm um 9 bis 10 Mrd. DM entlastet werden. Dennoch ist wegen der schwachen Konjunktur kaum damit zu rechnen, daß das Staatsdefizit kleiner als im laufenden Jahr sein wird. Es dürfte wiederum eine Größenordnung von 65 Mrd. DM erreichen. Erneut werden sich der Abbau des strukturellen Defizits und die Erhöhung des konjunkturbedingten Defizits etwa ausgleichen. Die Gebietskörperschaften werden dabei ihr Defizit verringern können, allerdings weitgehend zu Lasten der Sozialversicherungen, die mit einer spürbaren Verschlechterung der Finanzierungsposition rechnen müssen. Es ist aber zu betonen, daß die Fehlermarge bei diesen Haushaltssalden wegen der Unsicherheiten über die Konjunktorentwicklung und die endgültigen Haushaltspläne besonders groß ist.

Im einzelnen ist für den realen Staatsverbrauch im kommenden Jahr Stagnation zu erwarten. Die realen staatlichen Investitionen werden weiter rückläufig sein; da sich bei den Haushalten von einigen Ländern und Gemeinden ein Gegensteuern abzeichnet, wird der Rückgang allerdings nicht mehr so stark sein wie im laufenden Jahr. Die Ausgaben für Arbeitslose und die Zinszahlungen werden erneut kräftig steigen. Der gesamte Ausgabenanstieg dürfte sich weiter, auf 3,5 vH, verlangsamen.

Trotz der Steuer- und Abgabenerhöhungen werden auch die staatlichen Einnahmen mit 3,5 vH weniger zunehmen als im Vorjahr. Bei der Einnahmeschätzung

¹ Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung, Essen, erwartet im ersten Halbjahr einen stärkeren Rückgang und im zweiten einen schwächeren Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion als die anderen Institute. Es rechnet daher damit, daß das Brutto-Sozialprodukt im Jahre 1983 um 1 vH niedriger sein wird als das im Jahre 1982.

wurde eine Gewinnabführung der Bundesbank in ähnlicher Größenordnung wie in diesem Jahr unterstellt.

Preisanstieg flacht sich weiter ab

Für den Verlauf des kommenden Jahres zeichnet sich eine weitere Dämpfung des Preisanstiegs ab. Bei fortgesetzter stabilitätsgerechter Geldpolitik und anhaltender Konjunkturschwäche werden die Möglichkeiten zur Überwälzung von Kostensteigerungen sehr begrenzt sein. Doch auch die Kosten werden weniger als in diesem Jahr steigen, sowohl die Lohnstückkosten als auch die Einfuhrpreise. Gestört wird die Abflachung des Preisanstiegs allerdings durch die Anhebung der Mehrwertsteuer zur Jahresmitte. Wegen der anhaltenden Verbraucherschwäche ist jedoch zu erwarten, daß eine volle Überwälzung nicht möglich sein wird. Gegen Ende des nächsten Jahres könnte die Anstiegsrate des Preisindex für die Lebenshaltung unter 3 vH liegen, im Durchschnitt des Jahres wird der Zuwachs etwa 3,5 vH betragen. Eine Ausnahme von der allgemeinen Preistendenz dürfte die Entwicklung im Wohnungsbau bilden. Dort muß damit gerechnet werden, daß der Preisauftrieb nicht zuletzt infolge der massiven Ankurbelung im Laufe des nächsten Jahres wieder stärker wird.

Wirtschaftspolitische Überlegungen²

Die Wirtschaftspolitik ist gegenwärtig vor eine doppelte Herausforderung gestellt: Sie muß einerseits der akuten Schwäche Rechnung tragen und andererseits umgehend die Weichen zur Behebung der konstitutionellen Schwäche stellen. Diese komplexe Aufgabe erfordert vor allem eindeutige und vertrauensbildende Entscheidungen der wirtschaftspolitisch Verantwortlichen; zugleich muß vermieden werden, daß die Nachfrage durch wirtschaftspolitische Maßnahmen zusätzlich geschwächt wird. Sie braucht aber auch die Zustimmung, ja das Mitwirken der wichtigen sozialen Gruppen. So bedarf es insbesondere einer beschäftigungsgerechteren Lohnpolitik, auch mit Augenmerk auf die Lohnnebenkosten. Erforderlich ist aber auch eine flexiblere Preispolitik. Für staatliche Unternehmen und solche, die aufgrund ihrer Marktposition Preissetzungsmacht besitzen, bedeutet dies die Forderung, sich bei der Erhöhung von Preisen und Tarifen zurückzuhalten.

Aus diesen Überlegungen leiten sich für die Geld-, Lohn- und Finanzpolitik folgende Grundsätze ab:

- Die Geldpolitik sollte auf Zins- und Wechselkursziele verzichten und konsequent potentialorientiert betrieben werden.
- Die Lohnpolitik sollte durch Zurückhaltung und größere Differenzierung der Entlohnung gemäß re-

lativen Knappheiten dafür sorgen, daß der Abbau bestehender Arbeitsplätze gebremst und die Schaffung neuer gefördert wird.

- Die Finanzpolitik sollte ihrerseits Störungen der Nachfrageentwicklung möglichst vermeiden. Mit der Neugestaltung der Steuer- und Ausgabenpolitik sollte sie ebenso wie mit einem Abbau staatlicher Vorschriften mehr private Anstrengung zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme ermöglichen und sogar herausfordern.

Die Bundesbank sollte an der Praxis festhalten, ein Geldmengenziel für das kommende Jahr anzukündigen. Bei der Quantifizierung des Ziels ist zu berücksichtigen, daß die aktuelle Wachstumsrate des Produktionspotentials wegen der in den letzten Jahren rückläufigen Investitionstätigkeit deutlich unter der mittelfristig möglichen liegt. Orientierte sich die Bundesbank bei der Bemessung des Geldmengenziels am tatsächlichen Potentialwachstum, dann wirkte dies wachstumshemmend. Damit von der Geldpolitik her die Voraussetzungen für angemessenes und stetiges Wachstum geschaffen werden, muß sie sich folglich am mittelfristig möglichen Anstieg des Produktionspotentials ausrichten, der in der Größenordnung von 2 bis 3 vH liegen dürfte. Darüber hinaus sollte im Geldmengenziel — wie bisher — der kurzfristig unvermeidbare Preisanstieg berücksichtigt werden; im Verlauf des nächsten Jahres ist er unter Einschluß der Erhöhung der Mehrwertsteuersätze mit etwa 3 vH zu veranschlagen. Insgesamt sollte also die Zentralbankgeldmenge im Laufe des Jahres 1983 um 5 1/2 vH ausgeweitet werden.

Diese Strategie eröffnet Wachstumschancen und dämpft zugleich Inflationserwartungen. Dabei dürften im Rahmen einer Wirtschaftsentwicklung, wie sie in der Prognose beschrieben ist, die Zinsen im nächsten Jahr merklich weiter sinken.

Um Wachstum und Stabilität auf mittlere Sicht wiederzugewinnen — weitergehende Ziele sollte sich die Geldpolitik nicht setzen, weil sie sie kaum erreichen kann —, sind Vorbehalte für das Geldmengenziel in außen- und binnenwirtschaftlicher Hinsicht nicht angebracht. Geriete der Wechselkurs der D-Mark erneut unter Druck, dann sollte die Bundesbank die Ausweitung der Geldmenge nicht knapper halten, als es dem potential- und stabilisierungsgerechten Richtmaß entspräche, weil andernfalls die Wachstumskräfte geschwächt würden. Andererseits mag angesichts der binnenwirtschaftlichen Schwäche die Versuchung groß sein, eine Politik zu betreiben, mit der ohne

² Bei den nachstehenden Ausführungen zur Finanzpolitik und zur Lohnpolitik weicht die Meinung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin, von der der anderen Institute ab. Das Minderheitsvotum findet sich am Schluß dieser Überlegungen.

Rücksicht auf die Entwicklung der Geldmenge die Zinsen nach unten gedrückt werden sollen, um so Nachfrage und Produktion anzuregen. Eine solche Politik birgt das Risiko in sich, daß sie neue Inflationserwartungen auslöst; nachhaltiges Wirtschaftswachstum ist davon nicht zu erwarten.

Die Nominallohnabschlüsse in diesem Jahr führten zu sinkenden Realeinkommen für die Arbeitnehmer. Dies ist für sich betrachtet ein Hinweis auf Bereitschaft zur Lohnzurückhaltung. Das Ausmaß der Zurückhaltung reichte jedoch in dem gegebenen wirtschaftspolitischen Umfeld nicht aus, um den für die Schaffung neuer Arbeitsplätze nötigen Investitionsschub über eine Besserung der Gewinne auszulösen. Die Gewinne blieben vielmehr gedrückt. Die einheitlichen und damit für zahlreiche Unternehmen zu großen Lohnerhöhungen trugen zu Entlassungen und Konkursen bei. Der in gefährdeten Unternehmen oftmals vorhandenen Bereitschaft zu mehr Lohnzurückhaltung standen sozialpolitische Regelungen und ein starres Tarifvertragsrecht im Wege.

Die nachhaltige Verschlechterung am Arbeitsmarkt sollte Anlaß sein, zu einer marktlagennäheren Entlohnung zu kommen. Dazu gehört eine größere Auffächerung der Tarifabschlüsse nach den regionalen, sektoralen und qualifikationsbezogenen Knappheiten. Aber auch vergleichsweise niedrige allgemeine Tarifabschlüsse in Kombination mit einer positiven Lohn drift in Bereichen, in denen die Ertragslage überdurchschnittliche Lohnerhöhungen zuläßt, entsprächen dieser Zielsetzung. Um den Arbeitnehmern die Sorge zu nehmen, sie würden zu Vorleistungen gedrängt, sollten Nachbesserungsklauseln oder eine Gewinnbeteiligung angeboten werden. Angesichts des Eigenkapitalmangels sollte die Idee des Investivlohns wieder stärker ins Blickfeld gerückt werden.

Neben diesen stärker mikroökonomisch ausgerichteten Argumenten ist auf Orientierungsfehler bei der makroökonomischen Ausrichtung der Lohnpolitik hinzuweisen: In die Lohnerhöhung sollte nicht die Inflationsrate bei Abschluß des Tarifvertrags, sondern jene während der Laufzeit eingehen. Auch sollte nicht der gesamte Preisanstieg Maßstab für Lohnabschlüsse sein; so darf beispielsweise der durch die Mehrwertsteuererhöhung 1983 bedingte Preisanstieg nicht zurückgefordert werden. Außerdem darf den Abschlüssen nicht der tatsächliche Produktivitätsanstieg zugrunde gelegt werden. Ein Teil des Produktivitätsanstiegs kommt gegenwärtig dadurch zustande, daß Arbeitsplätze, die weniger rentabel sind, abgebaut und Mitarbeiter, die weniger leistungsfähig sind, entlassen werden; der Produktivitätsanstieg ist insofern überhöht. Würde er zur Grundlage für den Lohnabschluß gemacht, so wäre ein weiterer Abbau der Beschäftigung angelegt. Da nicht allein diese ‚passi-

ve Sanierung‘ vermieden werden sollte, sondern auch die Arbeitslosen und die zunehmende Zahl jugendlicher Erwerbspersonen in den Erwerbsprozeß integriert werden sollen, muß der Reallohnanstieg nachhaltig und deutlich hinter dem mittelfristigen Produktivitätsfortschritt zurückbleiben.

Es ist durchaus möglich, daß ein Teil der skizzierten Probleme entschärft werden könnte, wenn es — wie verschiedentlich vorgeschlagen — zu einem Hinausschieben von Lohnerhöhungen käme. Das Urteil gilt freilich nur dann, wenn dies bei freiwilliger Kooperation zustande käme. Die Gefahr, daß ein solcher Schritt zu einer Dämpfung der Absatzerwartungen und damit zu einer zyklischen Abwärtsbewegung beiträgt, wird von den Instituten unterschiedlich bewertet. Eine Lohnpause ersetzt in keinem Fall die notwendige mittelfristige Umorientierung der Lohnpolitik.

Hinsichtlich der Rolle der Finanzpolitik gibt es nicht nur eine Auseinandersetzung darüber, was sie zur Lösung der akuten Probleme beitragen kann, sondern auch eine kontroverse Grundsatzdiskussion. Unbegrenztem Vertrauen in den Markt steht das absolute Verlassen auf die staatliche Steuerungsfähigkeit gegenüber. Empirisch spricht einiges dafür, daß keine dieser beiden Positionen die Wirklichkeit zutreffend charakterisiert. Nicht allein länger zurückreichende Erfahrungen in der Bundesrepublik Deutschland, auch jüngste Erfahrungen in westlichen Industrieländern lassen den Schluß zu, daß einerseits abrupte Änderungen von Rahmenbedingungen auf den Märkten zu beträchtlichen Problemen führen und daß andererseits die Grenzen für die Fähigkeit, mit staatlichen Eingriffen wirtschaftliche Prozesse zu steuern, enger sind als bislang angenommen.

Angesichts dieser Erfahrungen ist mehr Zurückhaltung bei staatlichen Interventionen und eine Stärkung privater Initiative und Verantwortung angebracht. Dies sollte nicht abrupt, sondern nach Vorankündigung und schrittweise geschehen, damit sich die Betroffenen einerseits und die Begünstigten andererseits darauf einstellen können und gesamtwirtschaftliche Nachfragestörungen vermieden werden.

Eine solche Politik ist in der Regel nicht vereinbar mit der Fixierung eines bestimmten Haushaltsdefizits für ein Kalenderjahr. Dies führt meist zu prozyklischer und im Abschwung zu wachstumshemmender Gestaltung der Maßnahmen; um Defizitziele zu erreichen, werden zumeist staatliche Investitionen gekürzt.

Zu einer mittelfristig orientierten Finanzpolitik gehört, daß eindeutig als konjunkturbedingt einzuschätzende Mindereinnahmen und Mehrausgaben über den Kreditmarkt finanziert werden. Die Einschätzung des konjunkturbedingten Teils ist derzeit allerdings besonders schwierig, da sich ein großer Teil der steigen-

den Arbeitslosigkeit und der Abschwächung der Einahmedynamik als Trendphänomen erweist. Eine vorsichtige Einschätzung des konjunkturbedingten Teils des Defizits ist somit angezeigt.

Eine sachgerechte Gestaltung der Finanzpolitik wird auch dadurch erschwert, daß es kaum noch einen Vertrauensvorschuß für eine lediglich angekündigte Wirtschaftspolitik gibt. Möglicherweise wäre angesichts der akuten Wirtschaftsschwäche eine Wirtschaftspolitik optimal, die kurzfristig eine Nachfragestützung in den Vordergrund stellte, die Konsolidierung dagegen auf eine Zeit der wirtschaftlichen Besserung verschöbe; doch muß man feststellen, daß diese Option faktisch nicht besteht. Würde ein solches Konzept vorgelegt, bliebe nämlich das Mißtrauen in die Ernsthaftigkeit der staatlichen Konsolidierungsabsicht bestehen: Die Sorge vor künftig höheren Abgabenbelastungen zur ‚Nachfinanzierung‘ der heutigen Nachfrage- und Beschäftigungsstützung würde die davon erhofften günstigeren Absatz- und Renditeerwartungen erst gar nicht entstehen lassen, die für die Besserung der privaten Investitionsneigung unverzichtbar sind. Deshalb verspricht nur eine Finanzpolitik Erfolg, die sich nicht mit der Weichenstellung begnügt, sondern zugleich erste Schritte zur Verwirklichung unternimmt.

Ein eindeutiges Urteil, ob die gegenwärtig geplante Wirtschaftspolitik den oben skizzierten Grundsätzen entspricht, ist nur schwer möglich. Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen entsprechen nur teilweise den Erfordernissen.

Angesichts der akuten Nachfrageschwäche sind aus dem Bündel der geplanten Maßnahmen vor allem die Mehrwertsteuererhöhung und die Anhebung von Abgaben skeptisch zu beurteilen. Dies wird aller Voraussicht nach den ohnehin gedrückten privaten Verbrauch weiter dämpfen. Falls es bei der schwachen Nachfrageentwicklung nicht zu einer vollen Überwälzung dieser Steuererhöhung kommt, würde dies die privaten Investitionen treffen.

Einige andere Maßnahmen wirken der Nachfrageschwäche zwar entgegen, haben aber gewichtige andere Nachteile. Dies gilt für die — bereits im Sommer dieses Jahres beschlossene — befristete Investitionszulage ebenso wie für die befristeten Maßnahmen zur Förderung der Bauwirtschaft. Solche Maßnahmen haben in der Vergangenheit oftmals zu erheblichen Zusammenballungen von Nachfrage, zu hohem Verwaltungsaufwand, zu Preisaufrtrieb in Teilbereichen und damit insgesamt zu einem wenig effizienten Einsatz von staatlichen Mitteln geführt. Besser als eine Konzentration der Mittel für das Vorziehen von Investitionen und die Subventionierung des Wohnungsbaus wäre eine stärkere dauerhafte Förderung der Investitionen über steuerliche Anreize.

Die bisherigen Erfahrungen mit kurzfristig erhobenen und später wieder zurückgezahlten Steuerzuschlägen sprechen auch gegen die Erhebung einer Zwanganleihe. Diese Maßnahme hätte, abgesehen von negativen psychologischen Effekten, einen unverhältnismäßig großen Verwaltungsaufwand zur Folge, der die Kostenersparnis für den Staat, die aus der Zinslosigkeit dieser Anleihe entsteht, zu einem großen Teil aufwiegen dürfte. Schließlich ist auch nicht sicher, ob der Rückzahlungstermin in die konjunkturelle und die finanzpolitische »Landschaft« paßt.

Eine Reihe der wirtschaftspolitischen Entscheidungen entspricht grundsätzlich der Notwendigkeit zur Neuorientierung. Dies gilt für den Einstieg in die Selbstbeteiligung bei der gesetzlichen Krankenversicherung, für die Verminderung der Ausgabendynamik in der Rentenversicherung und für eine stärkere Ausrichtung des Arbeitslosengeldes an der Dauer der Beitragszahlung. Auch die Zulassung von mehr Markt im Bereich der Mieten ist ein Schritt in die richtige Richtung. Im einzelnen sind jedoch keineswegs immer überzeugende Lösungen gefunden worden. So ist der Beitrag der Rentner zur Krankenversicherung ein unvollkommener Ersatz für die an sich erforderliche Abkehr von der bruttolohnbezogenen Anpassung der Renten.

In dem Bündel geplanter wirtschaftspolitischer Maßnahmen fehlt ein wichtiges Element: konkrete Pläne zum Abbau der überwuchernden Subventionen und solcher Regelungen, die ökonomisch den Charakter von Subventionen besitzen. Bislang gibt es dazu nur globale Absichtserklärungen. Die Gefahr ist groß, daß stattdessen angesichts der gravierenden Probleme besonders betroffenen Bereichen nicht allein über staatliche Bürgschaften, sondern sogar über höhere direkte Subventionen geholfen wird. Dies wird dann ebenso wie die Wohnungsbauförderung durch direkte und indirekte Subventionen dazu führen, daß die übrigen Bereiche benachteiligt werden, da sie — in Form höherer Steuern und Abgaben oder in Form höherer Zinsen als sonst — diese Unterstützung letztlich zu bezahlen haben.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, teilt die Meinung der Mehrheit der Institute über viele der grundsätzlichen Schwierigkeiten, vor die sich die Finanzpolitik gegenwärtig gestellt sieht und die es ihr erschweren, sowohl den kurzfristigen als auch den mittelfristigen Notwendigkeiten zu entsprechen. Das DIW sieht jedoch in den Akzenten, die gegenwärtig für die Finanzpolitik im Jahre 1983 gesetzt werden, mehr als die anderen Institute die Gefahr, daß die Fehler, die bei der Konsolidierungspoli-

tik ohne Rücksicht auf Nachfragewirkungen schon in den letzten Jahren begangen worden sind, wiederholt werden. Symptomatisch für die zurückliegenden Fehlsteuerungen war, daß es selbst in der Periode stark steigender Exporte nicht zu einer Belebung der inländischen Nachfrage, insbesondere der Investitionen, gekommen ist. Verhindert wurde dies nicht zuletzt durch eine gleichzeitig restriktiv wirkende Finanzpolitik. Allerdings wird man in einer Phase erneuter Exportschwäche nicht darauf hoffen können, daß die Finanzpolitik kurzfristig eine Belebung der Konjunktur herbeiführen könnte. Was sie aber keinesfalls tun darf und was hier in grundsätzlicher Übereinstimmung mit der Meinung der anderen Institute nur besonders betont werden soll: die »akute Schwäche« zu intensivieren und zu verlängern.

Obwohl in der Regierungserklärung nachfragestärkende Maßnahmen angekündigt worden sind, überwiegen doch die nachfragedämpfenden Elemente. Da auch kurzfristige, negative Einflüsse die mittelfristigen Erwartungen beeinträchtigen, ist zu befürchten, daß die wirtschaftliche Entwicklung nicht nur im Jahre 1983, sondern auch auf mittlere Sicht weiteren Belastungen ausgesetzt sein wird. Unter solchen Bedingungen haben die angebotspolitischen Stimulantien kaum Erfolgchancen.

Gerade die beiden vergangenen Jahre haben gezeigt, daß durch die Nichtberücksichtigung der kurzfristigen Entzugswirkungen einer mittelfristig gemeinten Konsolidierungspolitik das Konsolidierungsziel verfehlt wird; eine Verminderung der öffentlichen Defizite ist nicht erreicht worden, vielmehr haben sie eher steigende Tendenz. Hieraus folgt: Eine hohe

Neuverschuldung des Staates ist in der gegenwärtigen Situation unvermeidlich. Ein Unterschied besteht freilich, ob sie eingegangen werden muß, um immer wieder neue konjunkturbedingte Einnahmeausfälle und Mehrausgaben zu finanzieren oder ob sie der Stärkung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und der Wachstumskräfte dient. Das DIW hält die Bereitschaft, das zweitgenannte Ziel zu verfolgen, für die entscheidende Voraussetzung dafür, daß die akute Schwächephase überwunden und die mittelfristigen Perspektiven verbessert werden können. Nur dann kann die - notwendige - Konsolidierung erfolgreich sein.

Für die Lohnpolitik gibt es je nach dem finanzpolitischen Kurs unterschiedliche Rahmenbedingungen. Eine Defensivstrategie der Finanzpolitik schränkt die Erträge der Unternehmen ein und erzwingt eine ebenfalls defensive Lohnpolitik. Die Tarifabschlüsse, insbesondere im Jahre 1982, haben gezeigt, daß hierbei die Flexibilität groß genug war, um sogar sinkende Reallöhne hinzunehmen, also den mittelfristigen Orientierungspfad zu unterschreiten. Eine Fortsetzung dieses Weges der Kaufkraftminderung der Arbeitnehmer wäre bedenklich. Zwar hat das Kaufkraftargument in einer offenen Wirtschaft mit hoher Außenwirtschaftlicher Verflechtung und bei hoher marginaler Abgabenbelastung des Einkommens ein reduziertes Gewicht, bedeutungslos ist es deshalb aber nicht. Eine Nominallohnpause würde die akuten Probleme eher verschlimmern als sie vermindern. Eine Wiederbelebung der Konjunktur und ein Steigen der privaten Investitionen setzen die Unterstützung von der Endnachfrage her voraus.

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 1982 und 1983

	1981 ¹⁾	1982 ²⁾	1983 ²⁾	1982		1983	
	Jahre			1.Hj. 1)	2.Hj. 2)	1.Hj. 2)	2.Hj. 2)

1. Entstehung des Sozialprodukts Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Zahl der Erwerbstätigen	-0,7	-2	-2	-1,7	-2	-2	-1,5
Arbeitszeit (arbeits-tätig)	-1,1	-0,5	-0,5	-0,4	-0,5	-0,5	0
Arbeitstage 3)	-0,1	0	0	0,3	0	0,5	-0,5
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	-1,9	-2	-2	-1,8	-2,5	-2,5	-2
Produktivität 4)	2,0	1,5	2	2,2	0,5	1	3,5
Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1976	0,1	-1	0	0,4	-2	-1,5	1,5

2. Verwendung des Sozialprodukts zu jeweiligen Preisen a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	874,1	904,5	933	435,4	469	449	484
Staatsverbrauch	319,8	333	343,5	154,9	178	161	182,5
Anlageinvestitionen	339,3	326	336,5	153,1	173	154	182,5
Ausrüstungen	128,8	126,5	131	59,7	67	60,5	70,5
Bauten	210,5	199,5	205,5	93,4	106	93,5	112
Vorratsveränderung	-1,4	6	6,5	8,5	-2,5	4	2
Außenbeitrag	11,4	33,5	44,5	13,4	20,5	21,5	23
Ausfuhr	496,1	539	563	265,1	273,5	273	290
Einfuhr	484,7	505	518,5	251,7	253,5	251,5	267
Bruttosozialprodukt	1 543,1	1 603	1 663,5	765,3	837,5	790	873,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	4,7	3,5	3	3,9	3	3	3
Staatsverbrauch	7,2	4	3	3,9	4,5	4	2,5
Anlageinvestitionen	0,4	-4	3	-3,8	-4	1	5,5
Ausrüstungen	0,7	-2	3,5	-2,0	-1,5	1,5	5,5
Bauten	0,2	-5	3	-4,9	-5,5	0	5,5
Ausfuhr	15,0	8,5	4,5	14,5	3,5	3	6
Einfuhr	11,2	4	2,5	7,7	1	-0	5,5
Bruttosozialprodukt	4,0	4	4	4,7	3	3	4,5

3. Verwendung des Sozialprodukts zu Preisen von 1976 a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	704,0	692	688	336,9	355	333,5	354,5
Staatsverbrauch	253,0	254,5	255,5	125,4	129	126	129,5
Anlageinvestitionen	261,9	245	246,5	115,6	129,5	114	132,5
Ausrüstungen	109,6	103	103,5	49,0	54	48	55,5
Bauten	152,3	142	143	66,7	75,5	66	77,5
Vorratsveränderung	-1,1	3,5	6	8,1	-2,5	4	2
Außenbeitrag	44,1	52	53,5	25,2	27	26	27,5
Ausfuhr	405,6	419,5	423,5	209,5	210	207	216,5
Einfuhr	361,5	367,5	370,5	184,4	183	181,5	189
Bruttosozialprodukt	1 261,9	1 249,5	1 250	611,2	638,5	603,5	646,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	-1,2	-1,5	-0,5	-1,6	-2	-1	-0
Staatsverbrauch	2,0	0,5	0,5	0,6	0,5	0,5	0,5
Anlageinvestitionen	-3,8	-6,5	0,5	-6,7	-6	-1,5	2,5
Ausrüstungen	-3,4	-6	0,5	-6,5	-5,5	-1,5	2,5
Bauten	-4,2	-6,5	0,5	-6,8	-6,5	-1,5	2,5
Ausfuhr	8,5	3,5	1	8,9	-1,5	-1	3
Einfuhr	1,2	1,5	1	3,4	-0	-1,5	3
Bruttosozialprodukt	-0,2	-1	0	0,0	-2	-1,5	1,5

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1981 ¹⁾	1982 ²⁾	1983 ²⁾	1982		1983	
	Jahre			1.Hj. ¹⁾	2.Hj. ²⁾	1.Hj. ²⁾	2.Hj. ²⁾

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Sozialprodukts (1976 = 100)
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	6,1	5	3,5	5,6	5	4	3,5
Staatsverbrauch	5,1	3,5	3	3,2	3,5	3,5	2,5
Anlageinvestitionen	4,4	2,5	2,5	3,1	2,5	2	3
Ausrüstungen	4,2	4,5	3	4,7	4,5	3	3
Bauten	4,6	1,5	2	2,1	1	1,5	3
Ausfuhr	6,0	5	3,5	5,1	5	4	3
Einfuhr	9,9	2,5	2	4,2	1	1,5	2
Bruttosozialprodukt	4,2	5	3,5	4,6	5	4,5	3

5. Einkommensentstehung und -verteilung
a) Mrd. DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	880,8	901,5	919,5	427,5	474	436	483,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	716,4	731,5	744,5	346,2	385	352,5	392
Nettolohn- und -gehaltsumme	502,9	508	511	243,0	265	244,5	266,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	304,7	324,5	346,5	152,8	172	160	186,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	247,1	267,5	289	125,7	141,5	133	156
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen 5)	257,2	276,5	288	134,1	142,5	139,5	148,5
Nichtentnommene Gewinne	-10,1	-9,5	1	-8,5	-1	-6,5	7,5
Volkseinkommen	1 185,5	1 226	1 266	580,2	645,5	596,5	669,5
Abschreibungen	188,0	201	213,5	99,1	102	105	108,5
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	169,6	176	184,5	86,0	90	89	95,5
Bruttosozialprodukt	1 543,1	1 603	1 663,5	765,3	837,5	790	873,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	4,7	2,5	2	2,7	2	2	2
Bruttolohn- und -gehaltsumme	4,3	2	2	2,5	1,5	2	2
Nettolohn- und -gehaltsumme	3,9	1	0,5	1,4	0,5	0,5	0,5
nachrichtlich:							
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäft.	4,8	4	3,5	4,3	4	4	3,5
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäft.	4,4	3	2,5	3,2	3	3	2
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	-0,7	6,5	6,5	8,5	5	5	8,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	0,7	8	8	11,7	5,5	6	10
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen 5)	6,8	7,5	4	11,7	4	4	4
Volkseinkommen	3,3	3,5	3,5	4,2	2,5	3	3,5
Abschreibungen	8,5	7	6	7,3	6,5	6	6,5
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	3,9	4	5	5,0	2,5	3,5	6
Bruttosozialprodukt	4,0	4	4	4,7	3	3	4,5

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte
a) Mrd. DM

Nettolohn- und -gehaltsumme	502,9	508	511	243,0	265	244,5	266,5
Empfangene laufende Übertragungen 6)	267,5	281,5	290	139,4	142	143	147,5
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen	290,4	311	329,5	148,3	163	157	172,5
Abzüge:							
Zinsen auf Konsumentenschulden	17,7	20	20,5	9,7	10	10	10,5
Geleistete laufende Übertragungen 7)	31,1	33	34,5	14,7	18	15	19,5
Verfügbares Einkommen	1 012,0	1 048	1 075,5	506,3	541,5	519,5	556,5
Privater Verbrauch	874,1	904,5	933	435,4	469	449	484
Ersparnis	137,9	143,5	143	70,9	72,5	70	72,5
Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens (Sparquote)	13,6	13,5	13,5	14,0	13,5	13,5	13

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1981 ¹⁾	1982 ²⁾	1983 ²⁾	1982		1983	
	Jahre			1.Hj. ¹⁾	2.Hj. ²⁾	1.Hj. ²⁾	2.Hj. ²⁾

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Nettolohn- und -gehaltssumme	3,9	1	0,5	1,4	0,5	0,5	0,5
Empfangene laufende Übertragungen 6)	7,5	5	3	5,2	5,5	2,5	3,5
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen	8,6	7	6	7,8	6,5	6	6
Verfügbares Einkommen	5,7	3,5	2,5	3,9	3	2,5	2,5
Privater Verbrauch	4,7	3,5	3	3,9	3	3	3
Ersparnis	12,1	4	-0,5	3,9	4	-1	0

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁸⁾
a) Mrd. DM

Einnahmen							
Steuern	386,5	396,5	411,5	186,9	209,5	193	218,5
Sozialbeiträge	267,2	282	291	135,1	147	139,5	151,5
Erwerbseinkünfte	19,7	29,5	30,5	19,7	9,5	21	9,5
Sonstige laufende Übertragungen	15,6	15,5	16	7,6	8	8	8
Empfangene Vermögensübertragungen	7,2	6	6	2,8	3,5	3	3,5
Einnahmen insgesamt	696,1	729,5	755	352,1	377,5	364	391
Ausgaben							
Staatsverbrauch	319,8	333	343,5	154,9	178	161	182,5
Zinsen	35,2	44	51,5	24,1	19,5	28,5	23
Laufende Übertragungen an	328,7	346,5	355	171,2	175	175	180
Private Haushalte	272,9	291,5	299,5	144,6	147	148	151,5
Unternehmen	32,2	30,5	30	13,9	16,5	14	16,5
Ausland	23,6	24,5	25,5	12,7	12	13	12,5
Geleistete Vermögensübertragungen	31,9	32,5	35,5	13,5	19	14,5	21
Nettoinvestitionen	43,0	37,5	35,5	16,2	21	15	20,5
Ausgaben insgesamt	758,4	793	821	379,9	413	393,5	427,5
Finanzierungssaldo	-62,4	-63,5	-66	-27,9	-35,5	-29,5	-36,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	1,4	2,5	4	2,5	2,5	3	4,5
Sozialbeiträge	8,1	5,5	3	6,0	5	3	3
Erwerbseinkünfte	23,1	49	4	93,8	1,5	7	-1,5
Sonstige laufende Übertragungen	-2,1	-0,5	2	-5,0	4,5	2	2
Empfangene Vermögensübertragungen	-2,5	-13,5	0	-13,4	-13,5	1	-1
Einnahmen insgesamt	4,3	5	3,5	6,3	3,5	3,5	3,5
Ausgaben							
Staatsverbrauch	7,2	4	3	3,9	4,5	4	2,5
Zinsen	23,0	24,5	17,5	25,2	23,5	18	17
Laufende Übertragungen an	7,1	5,5	2,5	4,9	6	2	3
Private Haushalte	8,5	7	3	6,8	7	2,5	3
Unternehmen	-4,1	-6	-0,5	-8,5	-3,5	-0,5	-0,5
Ausland	8,3	3,5	3,5	0,7	7	2,5	4
Geleistete Vermögensübertragungen	-4,8	2,5	8,5	1,4	3	5,5	10,5
Nettoinvestitionen	-7,7	-13	-4,5	-15,5	-11,5	-7,5	-2,5
Ausgaben insgesamt	6,3	4,5	3,5	4,3	4,5	3,5	3,5

1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft 9/1982, S. 639 f.) sowie eigene Berechnungen der Arbeitszeit und der Produktivität - Abweichungen in den Summen durch Rundung der Angaben in Mrd. DM bedingt. - 2) Vorausschätzungen der beteiligten Institute - Angaben gerundet. - 3) Veränderung der Zahl der Arbeitstage nur zur Hälfte berücksichtigt. - 4) Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1976 je Erwerbstätigenstunde. - 5) Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden. - 6) Soziale Leistungen abzüglich der Lohnsteuer auf Pensionen und der Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen. - 7) Nichtzurechenbare Steuern, Sozialversicherungsbeiträge der Selbständigen, Hausfrauen u. ä., Rückerstattungen und sonstige laufende Übertragungen an den Staat, Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich Schadenversicherungsleistungen, internationale private Übertragungen. - 8) Gebietskörperschaften, ERP, Lastenausgleichsfonds und Sozialversicherung.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33

Telefon (0 30) 8 29 11 - Telefax (0 30) 8 29 12 00

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevalerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,

Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Jürgen Müller, Dr. Reinhard Pohl,

Dr. Horst Seidler, Prof. Dr. Reiner Stäglin (kommissarisch), Dr. Wolfgang Watter, Hans-Joachim Ziesing (kommissarisch)

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung - auch auszugsweise - nur mit

Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,-, vierteljährlich DM 30,-, Einzelnummer DM 4,-.

Zuzüglich Versandkosten.

- Hierzu ein Prospekt des DIW -

- Die nächste Nummer des Wochenberichts erscheint am 11. 11. 1982 -